



Cl Cao

Parteien als Eigentümer von Medien

Am Beispiel ihrer Beteiligung
an Presseunternehmen



PETER LANG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	VII
Einleitung und Problemendarstellung.....	1
I. Problemendarstellung.....	1
II. Verhältnisanalyse.....	2
1. Staat - Politische Parteien – Volk.....	2
2. Staat-Medien – Volk.....	3
3. Politische Parteien – Medien.....	3
III. Stand der Probleme, Ziel der Forschung und Gang der Untersuchung.....	4
A. Beteiligungen der Bundestagsparteien an Medienunternehmen.....	5
I. SPD und ihre Medienunternehmen.....	5
II. CDU und ihre Erlebnisse mit Presse.....	8
III. CSU und ihre Presse.....	10
IV. FDP und Presse.....	10
V. Die Linke und ihre kurze Geschichte.....	12
VI. Zwischenergebnis:.....	13
B. Rechtliche Möglichkeit und verfassungsrechtliche Zulässigkeit für Parteien als Eigentümer von Medien.....	14
I. Rechtliche Möglichkeiten für Parteien als Eigentümer von Medien.....	14
1. Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volks durch die politischen Parteien.....	14
a). Parteien im Zivilrecht und Verfassungsrecht.....	14
(1). Doppelrolle der politischen Parteien.....	14
(2). Definition und Abgrenzung.....	14
b). Politische Parteien im Zivilrecht.....	16
(1). Politische Parteien als Vereine des BGB.....	16
(2). Politische Parteien - Keine juristische Person des öffentlichen Rechts.....	16
(3). Zwischenergebnis.....	18
c). Politische Parteien im Grundgesetz.....	19
(1). Sonderstellung der politischen Parteien im Grundgesetz.....	19
(a). Funktionen und Aufgabe der politischen Parteien.....	19
(i). Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes.....	19
(ii). Mitwirkung an der staatlichen Willensbildung.....	20
(iii). Teilhabe an der öffentlichen Meinung.....	21
(iv). politische Bildung.....	22
(b). Politische Parteien im Grundgesetz.....	23
(i). Verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien.....	23
(ii). Politische Parteien im Prozess.....	23
(c). Zwischenergebnis.....	24
(2). Problematische Finanzmittel der politischen Parteien.....	25
(a). Beschränkte Finanzmittel.....	25
(i). Begrenzte staatlichen Finanzierung.....	25
(ii). Probleme der mittelbaren Parteifinanzierung.....	26

(iii). Zwischenergebnis	27
(b). Die Vereinbarkeit der Medienbeteiligung der politischen Parteien mit dem Grundsatz der Chancengleichheit	28
(i). Literaturstreit hierzu	28
(ii). Stellungnahme	29
(c). Zwischenergebnis	30
2. Der Vertreter der Öffentlichen Meinung - Massenmedien	31
a). Öffentliche Meinung und ihr Verhältnis zu den Massenmedien	32
(1). Begriff der öffentlichen Meinung	32
(a). Zwei Konzepte der öffentlichen Meinung	32
(b). Öffentliche Meinung - „bewegliche, beeinflussbare Meinungen“	33
(2). Wechselspiel von Massenmedien und öffentlicher Meinung	34
b). Begriff der Massenmedien und ihr Umfang	35
(1). Begriff der Massenmedien	35
(2). Umfang der Massenmedien	35
(a). Presse	35
(b). Rundfunk	35
(c). Film	36
(d). Neue Medien	36
(3). Politische Funktionen der Massenmedien	36
(a). Verbreitung der Informationen	37
(b). Einflüsse auf Meinungsbildung	38
(c). Ausübung der Kritik und Kontrolle	38
(d). Soziale Funktionen der Medien	39
(i). Soziale Orientierung / Beitrag zur Integration	39
(ii). Funktion der Unterhaltung	39
(iii). Funktionen der Bildung und Erziehung	40
II. Prüfung der Zulässigkeit von Parteien als Eigentümer der Medien unter Berücksichtigung der Verfassungsprinzipien	40
1. Grundrechtsschutz der politischen Parteien im Fall ihrer Beteiligung an den Presseunternehmen	40
a). Politische Parteien als Grundrechtsträgerinnen	40
(1). Grundrechtsfähigkeit von politischen Parteien	40
(2). Das Verhältnis von Art. 21 GG zu den Grundrechten	41
(a). Unterschiedliche Ansichten zum Thema „Art. 21 GG als Grundrecht der Parteien“ in der Literatur	41
(b). Stellungnahme	42
(c). Die Modifikation von Art. 21 GG zu den Grundrechten	43
(i). Prägung des Art. 21 GG auf die Grundrechte der Parteien im Fall ihrer Beteiligungen an Presseunternehmen	43
(ii). Verhältnis des Art. 21 GG zu Art. 2 I GG	44
(iii). Verhältnis des Art. 21 GG zu Art. 3 I GG	45
(iv). Verhältnis des Art. 21 GG zu anderen Grundrechten	46
b). Die anwendbaren Grundrechte der politischen Parteien im Fall ihrer Beteiligung an der Presseunternehmen	47
(1). Konkurrenz zwischen anwendbaren Grundrechten der Parteien im	

Fall ihrer Beteiligung an Presseunternehmen.....	47
(2). Schutz der Meinungsfreiheit politischer Parteien durch Art. 5 I 1 GG	48
(a). Die Parteien als Träger des Grundrechts der Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 5 I 1 Var. 1 GG).....	49
(i). Inhalt der Gewährleistung	49
(aa). Sachlicher Schutzbereich	49
(bb). Schranke der Meinungsäußerungsfreiheit	49
(ii). Anwendbarkeit auf politische Parteien.....	50
(b). Die Parteien als Träger des Grundrechts der Pressefreiheit (Art. 5 I 2 Var. 1 GG).....	50
(i). Anwendbarkeit des Art. 5 I 2 Var. 1 GG im Fall der Pressebeteiligung durch Parteien	51
(aa). Literaturstreit.....	51
(bb). Stellungnahme	52
(ii). Art. 5 I 2 GG als objektive Grundsatznorm.....	53
(aa). Schutz der Staatsfreiheit der Presse	54
(bb). Gewährleistung der Meinungsvielfalt	54
(cc). Institutionelle Eigenständigkeit.....	55
(iii). Schutzbereich der Pressefreiheit	56
(aa). Sachlicher Schutzbereich der Pressefreiheit	56
(bb). Grundrechtsträger der Pressefreiheit	56
(cc). Zwischenergebnis.....	57
(iv). Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Beschränkungen in Art. 5 II GG	58
(aa). Parteien als Adressaten der Staatsfreiheit der Presse ?	58
(bb). Allgemeine Schranken nach Art. 5 II GG.....	59
(cc). Verhältnismäßigkeit der Beschränkung der Tätigkeit der politischen Parteien im Fall ihrer Medienbeteiligung.....	59
(aaa). Mögliche Eingriffe in der Tätigkeit der Parteien bei Pressebeteiligungen	59
(bbb). Überprüfung der Verhältnismäßigkeit	60
(v). Fazit	61
(3). Schutz der unternehmerischen Tätigkeit der Parteien im Grundgesetz.....	62
(a). Politischen Parteien als Vermögensträger und ihre unternehmerische Aktivität	62
(i). politische Parteien als Vermögensträger	62
(ii). Eigentumsfähigkeit und wirtschaftliche Tätigkeit der politischen Parteien	63
(b). Schutz der Berufsfreiheit der Parteien durch Art. 12 I GG	65
(i). Anwendbarkeit des Art. 12 I GG im Fall der Medienbeteiligung der Parteien.....	65
(aa). Gegensätzliche Ansichten in der Literatur.....	65
(bb). Stellungnahme	66
(ii). Schutzbereich des Art. 12 I GG.....	67
(aa). Unternehmerische Tätigkeit als Schutzgut des Art. 12 I GG.....	67
(bb). Persönlicher Schutzbereich.....	68

(cc). Zwischenergebnis.....	68
(iii). Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Beschränkungen des Art. 12 I GG	68
(aa). Schranken der Berufsfreiheit und Beschränkung der Berufsfreiheit der Parteien als Presseunternehmer	68
(bb). Mögliche Eingriffe und die Verhältnismäßigkeit	69
(iv). Fazit	70
(c). Schutz der Eigentumsfreiheit.....	70
der Parteien durch Art. 14 I GG	70
(i). Anwendbarkeit des Art. 14 I GG auf Parteienbeteiligung an der Presse.....	70
(aa). Literaturstreit.....	70
(bb). Stellungnahme	71
(ii). Sachlicher Schutzbereich des Art. 14 I GG	72
(aa). Allgemein geschützte Rechtspositionen.....	72
(bb). Politische Parteien als Eigentümer der geschützten Positionen	73
(iii). Schranken des Art. 14 GG	74
(aa). Allgemeine Schranken	74
(bb). Besondere Schranken für Beteiligungspresseunternehmen der politischen Parteien	75
(iv). Verfassungsrechtliche Rechtfertigungen der Beschränkung des Art. 14 I GG	75
(v). Fazit	76
c). Gleichheitsschutz der Presseunternehmen mit Parteibeteiligung nach dem allgemeinen Gleichheitssatz in Art. 3 I GG.....	76
(1). Presseunternehmen mit Parteibeteiligung als Grundrechtsträger.....	77
(2). Schranken für die Presseunternehmen mit Parteibeteiligung	77
(a). Ungleichbehandlung/ Gleichbehandlung.....	77
(b). Rechtfertigung der Ungleichbehandlungen durch Differenzierungsgründe.....	79
(3). Fazit	80
d). Die Verhältnisse zwischen den anwendbaren Grundrechten	80
(1). Anhaltspunkte der Grundrechtsschutzbereiche	80
(2). Anhaltspunkte der Grundrechtsschranken.....	82
2. Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes	83
a). Politische Meinungsbildung in einer demokratischen Gesellschaft.....	83
(1). Volkswillen, öffentliche Meinung, politische Willensbildung des Volkes und Volkswahl	83
(2). Meinungsbildung in der Mediengesellschaft.....	84
(a). Öffentliche Aufgabe der Medien in der Demokratie	84
(b). Einfluss der Massenmedien auf die öffentlichen Meinung und die Willensbildung des Individuums	84
(c). Zwischenergebnis	86
(3). Politische Kommunikation mit Massenmedien.....	86
b). Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip im Fall der Medienbeteiligung	87

der Parteien.....	87
(1). Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft	87
(2). Politische Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft.....	88
(a). Politischer Willensbildung von „Volk nach Staat“	88
(b). Die Rolle der politischen Parteien im Willensbildungsprozess des Volks.....	89
(3). Bedeutung der Meinungsvielfalt und Staatsfreiheit der Medien für die Demokratie	90
(a). Besonderheit der Medien	90
(i). Medien als Wirtschaftsteilnehmer in der Marktwirtschaft	90
(ii). Die sozialen Verpflichtungen der Medien in einer demokratischen Gesellschaft.....	91
(b). Bedeutung der Meinungsvielfalt für die Demokratie.....	92
(c). Die Bedeutung der staatsfreien Medien für die Demokratie	93
(4). Zwischenergebnis	93
C. Rechtspolitische Vorschläge zur Regelung der Pressebeteiligung politischer Parteien.....	95
I. Mechanismen zum Schutz der Meinungsvielfalt	95
1. Gesetzgebungskompetenz	95
2. Vorschriften zum Schutz der Medienvielfalt.....	96
a). Kartellrechtliche Vorschriften	96
b). Europäische Fusionskontrolle zum Schutz der Medienvielfalt	97
c). Medienrechtliche Konzentrationskontrolle.....	98
1. Kein Pressemonopol politischer Parteien.....	98
a). Die Tendenz der Pressekonzentration in Deutschland	98
b). Keine Medienkonzentration durch die Parteien.....	99
(1). Die Verletzung der Meinungsvielfalt und des Wettbewerbs durch Medienkonzentration.....	99
(2). Keine Medienkonzentration durch die Parteien	101
c). Zwischenergebnis.....	101
2. Beschränkende Tätigkeit der politischen Parteien auf dem Pressemarkt.....	102
a). Keine Einflussnahme der Parteien in der Presse.....	102
b). Wirkung auf politische Willensbildung des Volkes durch Parteipresse und Öffentlichkeitsarbeit	103
3. Beschränkung der Pressebeteiligung politischer Parteien.....	104
a). Grenzen der Rundfunkbeteiligung der politischen Parteien durch das aktuelle Urteil des BVerfG	104
b). Zwischenergebnis.....	105
c). Kennzeichnungspflicht und Beschränkungsmöglichkeiten	106
D. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	108
Tabelle	114
Literaturverzeichnis.....	125